



## Covid-19

### Mittelostkriege und Pandemien

#### Duell

Wahlen können nicht gekauft werden, erkannte Mike Bloomberg am 3. März, als seine \$½ Md. nichts halfen. Er stieg aus, unterstützt Exvizepräsident Joe Biden. Dieser und Sozialist Bernie Sanders ringen um die Kandidatur. Einen „Karl Marx Jr.“ weisen Wähler meist ab, indes Biden anführt. Ihr Duell folgt am 15. März (am 5. März gab die Progressive Elizabeth Warren auf, grub Sanders stets Wähler ab). Präsident Trump geht Covid-19 (Virus: Sars-CoV-2) mit \$8,3 Md. in 13 Bundesstaaten an, eine **Globalgefahr**, die Wahlerfolge angreift. Der Aktienmarkt dankt es doppelt: Menschen und Märkte sichern – Linksaußen abblocken.

#### Afghanistan

Am 29. Februar unterschrieb Botschafter Zalmay Khalilzad mit Mullah Abdul Ghani Baradar den **Pakt** für Frieden mit dem Islamischen Emirat Afghanistan, das Washington als Staat nicht anerkennt, das aber als Taliban firmiert, Foto; und eine Gemeinsame **Erklärung** mit der Islamischen Republik Afghanistan für einen verantwortlichen US-Truppenabzug, sofern Afghan-Gespräche am 10. März starten, Gefangene ausgetauscht und weitere Punkte realisiert werden. Sollte Arges kommen, so schreitet Amerika ein. Doch Afghanen dürfen al-Qaida/IS keine Zuflucht bieten.

SD Foto Ron Przynsucha



Viele erfreut das vorläufige Ende des 19-jährigen **Kriegs** in Afghanistan verknüpft mit dem Abzug des Militärs binnen 14 Monaten, also in den ersten 135 Tagen eine US-Reduzierung von 13.000 auf 8.600. Die Nato will Truppen um ¼ auf 12.000 Soldaten bringen. Allein Nato-Chef Stoltenberg betont: *wenn* die militant-islamistischen Taliban den Pakt befolgen.

Das ist fraglich, da Amerika am 4. März in der Helmand Provinz zu Luftschlägen gegen die Taliban übergang. Das nachdem Trump am Vortag noch ein Telefonat mit dem Taliban-Chef führte. Da er ihn zeitnah treffen will, gibt es Chancen, Taliban-Gründer Baradar zu stellen. Andere meinen, Frieden mit Islamisten wäre Unsinn, die nur ihre Gefangenen haben und wieder ins Gefecht entsenden wollen, nimmer ihre Zuflucht in Pakistan aufgeben.

#### Syrienhebel

Seit dem Eintritt Präsident Putins in den syrischen Bürgerkrieg am 30. September 2015 für das Regime al-Asads erhebt die Frage, was er dort gewinnt. Zuvor nannte er in seiner **Militärdoktrin** die EU und Nato als Gegner. Herauskam Putins **Syrienhebel**: Würde er am Mittelmeer ein halbes Jahrhundert an Beziehungen und zwei Basen erhalten, könnte er Flüchtlingswellen lenken, so mithin **Nato** und **EU** angehen. Migranten- und EU-Konfusion halfen – **Brexit**.

Erdoğan, Putin



**Jüngst** kämpften in Syrien **Putins** gegen Erdoğan's Militär. Türken fielen am 9. Oktober in Syrien ein, schufen ihre „Sicherheitszone“, siedelte Kurden aus, Araber an. Ankara erpresste die EU in seinem **Hegemonialkurs** mit Migranten. Trump trat ihm am 14. Oktober entgegen, bot einen Syrien-Ansatz an. Die Nato ist defensiv, soll weder Angriff noch Besatzung helfen. Migrationsdruck steigt in Griechenland und Bulgarien, da hilft Frontex kaum. 1.000 türkische Polizisten schieben Migranten über die Grenze. Am 5. März beriet Erdoğan mit Putin **Idlib's** Zone, Kreml Foto, der seinem **Ziel** viel näher rückte.

## Berliner Ohnmacht

Setzt sich Präsident Putin mit al-Asad für Syriens territoriale Integrität ein, stützt er zwar ein diesen Bürgerkrieg verursachendes Regime mit ab, das ihn zu seinen Aktionen offiziell eingeladen hatte. Doch liegt zur territorialen Souveränität Syriens das Recht auf ihrer Seite. Niemand lud hingegen Ankaras Militär ein, noch akzeptieren Regionale eine willkürliche An- und Umsiedlung in der Provinz Idlib, die allein neues Unrecht und Konflikte erzeugen. Putin und Erdoğan bejahten erneut eine **Waffenruhe** in Idlib, gültig ab Mitternacht 5. März.

Wenn Berlin der UN €100 Mio. für Notleidende in Idlib ausreicht und an die „Voraussetzung“ knüpft, dass Putin und Erdoğan humanitären Zugang und Schutz von Helfern und Bevölkerung gewährleisten müssen, belohnt dann Berlin frühere und laufende Expansionen beider Seiten? Die UN verteilt Finanzen, jedoch jener Syrienhebel wird bedient, noch dazu mit türkischen Polizisten, die Migranten über die griechische Grenze treiben. Was für ein Widersinn in Mittelostpolitik, die nicht einmal das deutsche Mitteleuropa sichern kann.

Minister Horst Seehofer bejahte am 3. März den Kurs Griechenlands, Migranten an der Grenze zu stoppen. Europas Grenzen seien nicht geöffnet für Zufluss aus der Türkei. Dies gelte auch für die deutsche Grenze. Ob er mit Angela Merkel übereinstimme? Ja, sie wirken „im Gleichschritt“. Zustände aus der Flüchtlingskrise 2015 sollten sich nicht wiederholen. Zudem sind die fünf Ägais-Inseln Lesbos, Samos, Chios, Leros und Kos völlig überlaufen. Sehr viel Wut, Patriotismus und Nationalismus entstehen bei den betroffenen Einwohnern.

Bild BR



Kanzler Kurz blickt weiter. Er meinte, wenn Präsident Erdoğan darüber entscheide, ob zehntausende Menschen Griechenland und die Europäische Union stürmen oder nicht, dann werden Hunderttausende nachfolgen. „Europa ohne Grenzen nach innen“ werde Geschichte sein. All das wird auch aktuell zusätzlich und speziell in Iran aus Richtung eines Covid-19 verstärkt.

Die EU stellt sich mit ihrem Feigenblatt Frontex (2019 1.500 Mitarbeiter, erst -2027 mit 10.000) als Eurokratie dar, die mehr belastet als sie regelt. Wann befähigt sich Berlin, zur Selbstverteidigung seine Druckmittel in Mittelost zu nutzen, oder will es die Region Potentaten überlassen, gar deren Rechnungen begleichen? Rasche Hilfsmittel für Idlib sind ein Humangebot, das Amerika erfüllt, aber ein Rahmen fehlt. Liefert ihn der Sotschi-Prozess?

## Wettkampf um Fachkräfte?

Am 1. März trat in Berlin das neue Zuwanderungsgesetz für qualifizierte Fachkräfte in Kraft. Zugleich tagte über 15 Jahre der 11. Integrationsgipfel, wobei Kanadas Integrationsminister Marco Mendicino auftrat. Es ging um Vorintegration, die Zeit, bevor sich Personen aufmachen und sprachlich qualifizieren, siehe das **Internetportal** „Make in Germany“.

Im Nationalen **Aktionsplan** für Integration heißt es laut Studie der Bertelsmann-Stiftung 2019, 260.000 Arbeitskräfte müssten im Jahr einwandern, um Fachkräftemangel zu begegnen. Andere sagen, nur in sieben von 144 Berufsgruppen wirkt Mangel. Vorintegrationsangebote seien in Herkunftsländern nötig in diesem globalen Wettstreit um Arbeitskräfte. Ein Expertenbeirat soll Muslimfeindlichkeit, ein Kabinettsausschuss Rechtsextremismus und Rassismus als Reaktion auf die Hanauer Bluttat am 20. Februar erhellen. Stimmen Bürger breit zu oder überrollt sie jener legale/illegale Zustrom und ihre Regierung? Wer da meint, Deutschland und Europa rasch in eine Art Amerika zu verwandeln, übergeht kulturelle Differenzen in Euromittelost mit fatalen Folgen.

Wolfgang G. Schwanitz